



HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Bankensektor vergesellschaften - Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Sparkassen und genossenschaftlichen Banken als Stabilisator in der Finanzmarktkrise erwiesen haben. Die Sparkassen müssen erhalten und gestärkt werden, denn sie unterliegen dem Regionalitätsprinzip und der Gemeinwohlorientierung. Nur die öffentlich-rechtliche Trägerschaft bietet die Rechtssicherheit für den Erhalt der Sparkassen und ist ein Garant dafür, dass private Banken und Investoren keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik der Sparkassen bekommen. Die Wiederherstellung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ist ein weiterer wichtiger Schritt zum Schutz des öffentlich-rechtlichen Bankensektors.
2. Die Sparkassen sind ein Modell für den gesamten Bankensektor. Die Überführung aller privaten Banken in die öffentliche Hand ist eine notwendige Konsequenz aus der Finanzkrise. So können riskante Spekulationen, die das ganze Finanzsystem destabilisieren, verhindert werden. Die Banken sollen sich auf ihr Kerngeschäft beschränken. Die Vergabe von Krediten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und bedarf der demokratischen Kontrolle. Die Überführung der Privatbanken in öffentliches Eigentum garantiert dreierlei:
 - Erstens, dass das Kreditgeschäft wieder in Gang kommt und kleine und mittelständische Unternehmen Kredite erhalten.
 - Zweitens werden so die Arbeitsplätze im Bankensektor erhalten und gesichert.
 - Drittens können die enormen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch zukünftige Gewinne kompensiert werden. Die Sozialisierung der Verluste zulasten der Steuerzahler und eine Privatisierung der Gewinne zugunsten weniger sind nicht hinzunehmen.
3. Die internationalen Finanzmärkte brauchen stärkere Regulierung und Kontrolle. Die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte haben riskanten Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Ein Verbot von Hedgefonds und Leerverkäufen ist nötig. Der Landtag unterstützt zudem die Forderung nach einer Börsenumsatzsteuer. Diese dient neben zusätzlichen Steuereinnahmen auch der Regulierung.

Wiesbaden, 14. Mai 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen